

Informiere Dich!

Die Verantwortung der Erziehung von Kindern liegt vor allem in der Hand der Eltern. Wir wollen die Medienkompetenz der Eltern fördern, damit diese eigenverantwortlich entscheiden können, was ihre Kinder im Internet dürfen und was nicht. Jugendschutz im Internet fängt zu Hause an und darf nicht in die Hände von Menschen gegeben werden, die nicht wissen, was sie hier eigentlich regulieren wollen.

Es besteht die Gefahr, dass die unter dem Deckmantel des Jugendschutzes geschaffene Infrastruktur genutzt wird, um andere missliebige Inhalte zu blockieren. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern, in denen auch regierungskritische Berichterstattung und politische Inhalte zensiert werden.

Die Alternativen

Ein sinnvoller Jugendschutz kann nur durch Aufklärung und entsprechende Medienkompetenz bei Eltern und Lehrern stattfinden, wodurch diese mit ihrem Wissen ihren Kindern zur Seite stehen können. Eltern müssen in der Lage sein bzw. befähigt werden, den individuellen Entwicklungsstand eines Kindes beurteilen zu können und damit entscheiden zu können, wo die Grenzen der Kinder beim Umgang mit neuen Medien sind. Dies lässt sich über Weiterbildungsangebote verwirklichen.

ARTIKEL 6, ABS 2, GRUNDGESETZ

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Piraten setzen sich ein!

- Für **Privatsphäre** im digitalen und im echten Leben statt lückenloser Überwachung.
- Für **informationelle Selbstbestimmung** statt ausuferndem Datenhandel
- Für **freie Bildung** und **freies Wissen** statt Studiengebühren und Innovationserschwerern
- Für einen **transparenten Staat** statt gläsernen Bürgern
- Für mehr **Basisdemokratie** statt verdecktem Lobbyismus
- Für den **Erhalt der Unschuldsvermutung** statt pauschalem Generalverdacht
- Für die **Achtung des Grundgesetzes** statt Abbau der Bürgerrechte
- Für ein **Recht auf Privatkopie** und ein **fares Urheberrecht** - für Nutzer und Künstler
- **Gegen heimliche Online-Durchsuchungen, Fingerabdrücke in Ausweisdokumenten, präventive Überwachung, Vorratsdatenspeicherung und Internetzensur**
- **Gegen polemische und unreflektierte Verbotsforderungen von** beispielsweise **Videospielen** oder **Paintball**

Klarmachen zum Ändern.
MACH MIT!



Im neuen Jugendmedienstaatsvertrag (JMStV) sind geplant:

Aufhebung der Grenze von Zugangs- und Inhaltsanbietern

Sperrverpflichtungen für Inhaltsanbieter

Alterskennzeichnungen und Sendezeiten

WIR WOLLEN WEDER EINE ZENSUR NOCH EIN KINDERNET!

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!



Kinderschutz statt Zensur!

Der Anlass

Mit dem geplanten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag soll das umgesetzt werden, was mit dem Stoppschilder-Gesetz begann: **Der Aufbau einer Zensurinfrastruktur für das Internet.**

Der bereits den Regierungschefs der Länder vorgelegte Entwurf muss nun noch durch die Länderparlamente und **soll dann Anfang Juni verabschiedet werden.** Die Länderparlamente haben aber dabei keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr, sondern können ihn nur noch abnicken oder in Gänze ablehnen.

Die **Piratenpartei** und deren Jugendverband **Junge Piraten (JuPis)** **lehnen** diesen ohne öffentliche Diskussion zustande gekommenen Änderungsentwurf **entschieden ab.**



Der Inhalt

Folgende schwerwiegende Mängel besitzt der Entwurf:

Provider sollen für Inhalte mitverantwortlich gemacht werden. Dies wäre so, als bekämen die Tankstellen Knöllchen für Autofahrer, die mit dem dort getankten Sprit zu schnell fahren.

Internet-Provider werden verpflichtet, alle "jugendgefährdenden" oder "entwicklungsbeeinträchtigenden" **Inhalte zu sperren.** Eine ähnliche Zensurinfrastruktur für Printmedien würde bedeuten, dass jede Verkaufsstelle für Drucksachen sowie alle Bibliotheken ihren Kunden die Ansicht der Produkte erst nach Ausweiskontrolle ermöglichen darf.

Webseitenbetreiber müssen ihre Inhalte in Altersklassen kategorisieren, **um sicherzustellen, dass Kinder nicht an Inhalte einer höheren Altersklasse herankommen.** Nicht gekennzeichnete Seiten fallen automatisch in die Kategorie "ab 18 Jahre". Dies wird unweigerlich zu einer Abmahnflut ohnegleichen führen, von der am Ende nur Anwälte profitieren, aber mit Sicherheit keine Kinder!

Alternativ zur Alterskennzeichnung sollen feste "Abfragezeiträume" für Websites eingeführt werden, beispielsweise nur von 22 bis 6 Uhr für Inhalte ab 16. Hier wird versucht, ein Regelsystem eines völlig anders gearteten Informationsmediums auf das Internet zu übertragen. Irgendwo ist immer 24 Uhr! Allein innerhalb Europas gibt es drei Zeitzonen.

Die Kritik

Abgesehen davon krankt der Vertragsentwurf an mehreren Stellen:

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist technisch nahezu unmöglich. Selbst Staaten wie China schaffen es nicht, freie Meinungsäußerungen im Internet komplett zu unterbinden. Jedes Blog, jede Video-Community, jede einzelne Webseite muss überwacht werden.

Es gibt **keine eindeutigen wissenschaftlichen Studien, die belegen können,** dass das Betrachten von Inhaltenentwicklungsschädigend ist. Ganz im Gegenteil werden immer wieder "Weisheiten" älterer Generationen widerlegt.

Es ist **unmöglich, deutsche Gesetze einer globalisierten Welt überzustülpen.** Die Forderung, den Zugang zu ausländischen Seiten, die sich nicht an deutsche Gesetze halten, von Deutschland aus zu sperren, käme einer Abtrennung Deutschlands vom Internet gleich.

Das Problem, dass DVDs auf dem heimischen DVD-Spieler nicht laufen, kennen die meisten. Müssen wir in Zukunft nicht nur chinesische DVD-Player kaufen, sondern auch über China das Internet nutzen?

ARTIKEL 5, ABS 1, GRUNDGESETZ
[...] eine Zensur findet nicht statt.

**Freiheit • Datenschutz
Bürgerrechte • Bildung**

www.piratenpartei-niedersachsen.de

